

# Schweizerisches

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **38 (1944)**

Heft (4): **April-Sendung**

PDF erstellt am: **12.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Schweizerisches

3. April 1944.

Wenn wir daran gehen, einige wesentliche Züge des schweizerischen Geschehens in der Berichtszeit hervorzuheben und zu beleuchten, so knüpfen wir wohl am besten dort an, wo wir das letztmal stehen geblieben sind.

Einige der im Vordergrund stehenden Probleme sind inzwischen vor der im Monat März tagenden *Bundesversammlung* verhandelt worden. Ich sage „vor“ und nicht *von* der Bundesversammlung; denn in bezug auf einige der wichtigsten Themen ist die Versammlung ja gar nicht zu Worte gekommen, sondern hat bloß der Bundesrat dem Rate seine Meinung vorgetragen und hat damit vorläufig die Erfetzung der Demokratie durch seine Autokratie bestätigen können. Wie lange noch?

Da ist zunächst das Thema der Beziehungen zu *Rußland*. Die Petition für die Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zu Rußland hat sich im Laufe von zwei Wochen mit hunderttausend Unterschriften bedeckt, die sich bei einer Fortsetzung der Sammlung gewiß noch durch einige weitere Hunderttausend vermehrt hätten. Sie ist also der Ausdruck einer sehr entschiedenen Volksstimmung und eines sehr klaren Volksurteils. Schon daraus erhellt, mit welchem Rechte hartnäckig sowohl bürgerliche als sozialistische Rußlandfeindschaft oder hochmütige Kaltchnauzigkeit von einem „Rußlandrummel“ reden. Diese Kreise vergessen wohl, was aber die Volksmassen nicht vergessen, daß wir ohne Rußlands Kampf und furchtbare Opfer mit all unserer schweizerischen Herrlichkeit und all unserem fatten Hochmut Untertanen Hitlers wären, wie wir es auch wären ohne Englands und vielleicht auch ohne Amerikas Kampf und Opfer. Diese Kreise sind weit davon entfernt gewesen, die bis zum Raufch gesteigerte Finnlandbegeisterung von einst einen „Rummel“ zu nennen, trotzdem sie zum Teil auf falscher oder doch sehr einseitiger Information beruhte. Umgekehrt beruhte der Rußlandhaß, der so lange die Mehrheit unseres Volkes beherrschte und es die gegen Rußland gerichtete Politik Mottas mehr oder weniger billigend hinnehmen ließ, ebenfalls auf falscher oder doch sehr einseitiger Information. Wer leugnet, daß uns „in fast allen Punkten“ ein falsches Bild von Rußland beigebracht worden sei — soweit man es sich beibringen ließ — der tut es entweder in Unehrlichkeit oder in Unwissenheit. Jenes Bild war tatsächlich in „fast allen Punkten“ falsch: in bezug auf die russische Wirtschaftsleistung, den Aufbau der Sowjet-Union, ihre Außenpolitik, ihre Stellung zur Religion und das Verhältnis der Masse ihrer Bevölkerung zum Sowjet-Regime.

An der Schaffung dieses falschen oder doch sehr einseitigen Bildes

hatte die offizielle Sozialdemokratie beinahe ebensoviele Anteil wie die bürgerliche Presse. Der Haß gegen die kommunistische Konkurrenz und die Angst vor ihr hatten den Hauptanteil an der Motivation dieser Haltung. Wenn sich nun diese Haltung geändert und die Sozialdemokratie seit einiger Zeit die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Moskau gefordert hat, so gibt ihr das kein Recht, ebenfalls hochmütig von der Volkspetition als einem „Rummel“ zu reden und sich auf ihre eigene Priorität zu berufen. Sie hat jahrelang, sogar jahrzehntelang keine ernsthafte und energische Opposition gegen die Mottapolitik im allgemeinen und die antirussische im speziellen gemacht. Der Schreiber weiß wenigstens nichts davon, trotzdem er in dieser Beziehung sehr aufmerksam gewesen ist, wohl aber kennt er eklatante und schmerzliche Beispiele des Gegenteils.<sup>1)</sup> Die Änderung ihrer Haltung ist, soweit die „Führung“ in Betracht kommt, doch auch nur eine Konzession an die Volksstimmung im allgemeinen und an die Arbeiterschaft im speziellen. Und es ist doch noch die Frage, ob der Bundesrat auf eine bloße Motion dieser regierungsfromm gewordenen sozialdemokratischen „Führung“ hin soviel Entgegenkommen gezeigt hätte, wie er nun unter dem Druck der Volksbewegung getan hat. Daß der Schreiber diese und die ihr Ausdruck verleihende Petition lieber früher gesehen hätte, bleibt dabei bestehen, wie er auch nicht zu versichern braucht, daß er nicht, wie die Kreise, die jetzt von „Rummel“ reden, anno 1940 getan haben, sein Verhalten nach dem Erfolg richtet.

Wenn nun dieses Thema der Beziehungen zu Rußland vor die Bundesversammlung gekommen ist, so war von vornherein dafür gesorgt, daß der sozialdemokratische Sprecher, den nun seine eigene Offizialität zahn und würdevoll gemacht hat, dem Bundesrat nicht allzu wehe tue. Vorsitzender der Fraktion ist ja auch der Mann, der dann im Namen derselben die Versicherung abgegeben hat, die „Sozialdemokratie wolle sich nicht in die auswärtige Politik des Bundesrates mischen“. Diese Haltung Robert Grimms ist freilich nicht zum Verwundern. Die Älteren unter uns, die ein wenig zurückdenken, wissen, was für Erfahrungen er gemacht hat, als er in Verbindung mit einem Bundesrat, der sich zu einem Träger der deutschen Politik hergegeben hatte, nach Rußland ging, um ebenfalls dieser zu dienen und wie sein Verhalten durch die bolschewistischen Wortführer vor der ganzen Welt gekennzeichnet worden ist.<sup>2)</sup> Es ist begreiflich, daß nach dieser Erfahrung Grimm nicht gerade ein Freund Sowjetrußlands ist.

So war es denn dem Herrn Pilet-Golaz leicht gemacht, sein Plädoyer für dieses Stück auswärtiger Politik des Bundesrates zu halten.

<sup>1)</sup> Der Umstand, daß der sozialdemokratische Sprecher für die Rußland-Motion, Reinhardt, der langjährige Parteipräsident, es sogar zu einem Kompliment für Motta brachte, ist auch eine Illustration dieser Sachlage.

<sup>2)</sup> Man kann das unter anderem in den Erinnerungen der *Angelica Balabanoff*, einer absolut zuverlässigen, nichtbolschewistischen Zeugin, nachlesen.

Es war bei allem notwendigen Entgegenkommen in bezug auf das Postulat (in ein solches wurde die „Motion“ schonend umgewandelt) eine Beschönigung und damit Verteidigung dieser Politik, die auf eine völlige Entstellung der Wahrheit hinauslief, wenn die Behauptung gewagt wurde, ihre Stellung zu Rußland sei nicht durch „ideologische“ Motive bestimmt gewesen. Jedes Kind weiß, daß das Gegenteil der Fall war: daß Motta neben der bürgerlichen Parteinahme durch konfessionelle Motive geleitet war. Und ich muß hinzufügen, daß dies ihn und seine Politik sogar in ein günstigeres Licht stellt, als wenn es nicht der Fall gewesen wäre; denn sonst wäre sein Verhalten eine gewöhnliche Torheit, eine anmaßende Torheit, gewesen, während das „ideologische“ Motiv ihr ein gewisses, wenn auch sehr begrenztes Recht und einen gewissen Glanz der Gefinnungsfestigkeit verliehen hat.

\*

Das zweite Thema war die *auswärtige Politik* in bezug auf ein anderes wichtiges Problem. Hier war nun zu begrüßen, daß dieses Thema überhaupt vor die Bundesversammlung gebracht wurde. (Es geschah durch die Nationalräte Picot und Möschlin.) Diese Motionäre verlangten, in keineswegs verletzender Form — das versteht sich ja in diesem devoten Milieu von selbst —, daß der Bundesrat sich ernsthaft mit jenen *Nachkriegsproblemen* beschäftige, die, wie wir wissen, anderwärts so sehr die Gemüter bewegen. Leider wurden dabei die *wirtschaftlichen* Fragen etwas zu stark in den Vordergrund gestellt und jene energische Kritik verfäumt, die der Bundesrat gerade auch in dieser Beziehung verdient und nötig gehabt hätte. Die Antwort des „Leiters“ unserer Außenpolitik war denn auch, wie später seine ergänzende Erklärung dazu, so nichts sagend als möglich.

Hier ist vor allem eine grundsätzliche Bemerkung zu machen. Diese Verhandlung wurde namentlich auch dadurch entwertet, daß die *Diskussion* über dieses Thema ebenfalls unterdrückt wurde. Das geschah nicht nur aus Angst vor allfälligen nicht genügend „neutralen“ Aeußerungen, sondern auch, weil der Bundesrat das Privilegium für die Außenpolitik aufrechterhalten will. Dieses Privilegium stammt aus Zeiten, in denen es sozusagen keine schweizerische Außenpolitik mehr gab. Wenn es aber jetzt beibehalten wird, wo sich gerade auf dem Felde der Außenpolitik die Frage von Sein oder Nichtsein der Schweiz entscheidet, so ist das vom demokratischen Standpunkt aus eine Ungeheuerlichkeit. Denn in jedem Land, wo noch ein Rest von Selbständigkeit und Demokratie vorhanden ist, läßt es sich das Parlament nicht nehmen, gerade zur Außenpolitik ein entscheidendes Wort zu sagen und hätte keine Regierung den Mut, jenes Privileg in Anspruch zu nehmen, auch wenn sie dafür sehr viel mehr Kompetenz besäße als gegenwärtig die unfrige. Gerade auf diesem Felde muß darum ganz

besonders der Kampf um die schweizerische Demokratie geführt werden. Und zwar nicht bloß zum Schein, wie von einer regierungsdevoten Sozialdemokratie, deren Sprecher, besonders Reinhardt, in der „Neuen Zürcher Zeitung“ ein wohlverdientes, aber bezeichnendes Lob erhalten (ist er etwa auch Anwärter auf einen Bundesratsfessel?), sondern in bitterem Ernst, von unabhängigen Männern und Frauen! Es ist periculum in mora!<sup>1)</sup>

\*

Das Gleiche gilt natürlich von dem dritten Thema, dem der *Zensur*. Hier vertrat der sozialdemokratische Schaffhauser Nationalrat Bringolf auf eine ihm wohl von der Fraktion empfohlene, wenn nicht befohlene, ebenfalls sehr zahme Weise die Erleichterung, wenn nicht gar Aufhebung des geistigen Sklavenjoches, welches die Zensur bedeutet. Leider scheint er es unterlassen zu haben, darauf hinzuweisen, auf der einen Seite, wie England sich die Freiheit des Wortes mitten in seinem Kriege wahrt, zu seinem großen Nutzen, auf der andern Seite wie die Zensur in Finnland zeigt, wohin sie ein Volk bringen kann. So hatte es denn wieder der Oberherr der schweizerischen Zensur, Bundesrat von Steiger, leicht, nun *sein* Plädoyer zu halten, das den wirklichen Sachverhalt nicht weniger, und dazu auf eine noch geschicktere Weise, zudeckte, als Herr Pilet-Golaz vor ihm. Sein Hauptargument für die Beibehaltung des Geßlerhutes war, daß es gelte, „wachsam zu sein“. Gegen *wen*? Die Landesverräter (die, welche man so nennt, also im allgemeinen die kleinen) werden ja doch nicht von der Zensur erfaßt. Und wenn Herr von Steiger mit besonderem Nachdruck von der „Zähmung der *Widerspenstigen*“ redet, so ist die Frage zu stellen, ob er damit die paar wenigen Aufrechten meint, deren Gewissen noch eine höhere Instanz kennt als die ein ganzes Buch bildenden „Weisungen“ der Militärzensur. Es wird ein Tag kommen, wo diese paar „Widerspenstigen“ mehr gelten werden als die wohlgezähmten Untertanen Geßlers und ihre „Zähmung“ nicht mehr den Beifall einer servilen Mehrheit der eidgenössischen Räte findet.

Fast überraschen konnte die Versicherung, daß nach Schluß des Krieges „selbstverständlich“ die Zensur aufhören werde. Es wird erlaubt sein, dazu ein Fragezeichen zu setzen, wie zu der versprochenen „Lockerung“ der Zensurvorschriften. Man hat mit solchen Versprechungen schon allerlei erlebt.

Daß über dieses fundamentale Thema wieder keine *Diskussion* stattfinden durfte, ja daß sie nicht einmal energisch genug verlangt wurde, kennzeichnet wieder den Stand unserer Demokratie. Denn die Grundlage auch aller Demokratie und Freiheit ist die Wahrheit.<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Gefahr in Verzug.

\*

<sup>2)</sup> Daß im allgemeinen sich in bezug auf die Zensur die Stimmung doch geändert hat, zeigt u. a. der Umstand, daß sogar die „Neue Zürcher Zeitung“ durch den Mund ihres wahrhaftig nicht revolutionären Bundesstadtkorrespondenten ihre Abschaffung (etwa die rein militärischen Geheimnisse ausgenommen) verlangt.

Es ist aber auch charakteristisch, daß über die *wirtschaftlichen* Probleme, vor allem die *Altersversicherung* und die *Wirtschaftsartikel*, sehr ausführlich debattiert wurde. Nicht etwa, daß dies nicht am Platze wäre. Aber hier spielen die *materiellen* Interessen eine große Rolle und ist daher das Verlangen nach der Aussprache energischer, während die politischen Probleme, als mehr „ideeller“ Natur, die Mehrheit dieser Volksvertreter (die es gottlob gar nicht sind) kalt lassen.

Daß nun die *Altersversicherung* keine offenen Gegner mehr hat, ist sicher in erster Linie eine Wirkung des Beveridgeplanes, den man eben doch nicht einfach beiseiteschieben kann. Was aber die *Wirtschaftsartikel* betrifft, so fühlt sich der Schreiber nicht kompetent, über dieses Thema, soweit es taktischer Natur ist, zu urteilen. Nur Eins darf er vielleicht bemerken: Es ist wohl gegenwärtig so wenig die Stunde, unsere Wirtschaftsverfassung endgültig festzulegen, als eine totale Verfassungsrevision schon reif wäre. Was aber speziell die *landwirtschaftliche* Frage betrifft, so ist vielleicht eine doppelte Feststellung am Platze. Einmal: Es ist sicher der Wille der großen Mehrheit des Volkes, daß unserem Bauerntum soviel *Sicherheit der Existenz* verschafft werde, als überhaupt möglich ist. Sie gehört zu jenem ganzen, so bedeutsamen Programm der sozialen Umgestaltung, das sich in dieser Losung von der Sicherheit konzentriert. Sodann aber gehört dazu, daß die Bauernpolitik jene Taktik des Egoismus und der Demagogie aufgebe, durch welche sie solange beherrscht und die Seele des Bauerntums gefährdet worden ist, und sich an tieferen Gedanken und edleren Zielen orientiere.

\*

Der ideell betrachtet wichtigste Verhandlungsgegenstand der diesmaligen Session der Bundesversammlung war aber doch wohl das *Todesurteil* über den Major des Generalstabes, der zu einem Landesverräter ersten Ranges geworden zu sein scheint. Wobei die Tatsache, daß immer neue Listen von solchen und entsprechende Verurteilungen auftauchen, mit in Betracht zu ziehen ist.

Es soll hier nicht mehr grundsätzlich auf diese schwere Sache eingegangen werden.<sup>1)</sup> Auch war klar, daß diesmal nach allen vorausgegangenen Ablehnungen der Begnadigung eine solche erst recht nicht erwartet werden konnte. Aber Eins muß doch festgestellt werden: Die Art wie unser Volk diese Todesurteile hingenommen, ja gefordert hat, darin dann noch durch die Kirchen bestätigt, lastet als dunkle Wolke über unserem Lande. Vor allem aber: Die Frage, *wie es zu die-*

---

<sup>1)</sup> Die von der Religiös-Sozialen Vereinigung herausgegebenen Flugchriften gegen die Todesstrafe für die Spione und Verräter: „*Hinrichtung oder Gnade?*“ und „*Was haben wir getan?*“ sind in der „Pazifistischen Bücherstube“ in Zürich (Gartenhofstraße 7) noch zu haben.

ser Masse von Verrätern der Schweiz (die natürlich bei weitem nicht alle entdeckt oder vor Gericht gestellt worden sind) kommen konnte, müßte das schweizerische Gewissen aufs tiefste beschäftigen. Statt dessen hieß es: „Die müssen erschossen werden!“ — und damit war die Sache abgetan. Und unsere Kirchen haben, redend oder schweigend, zu diesem Schlaf des Gewissens ihre theologische Sanktion gegeben.<sup>1)</sup>

\*

Vielleicht schließen wir am besten hier die Verhandlung über die Motion von Oberst Bircher an, für den wieder schwerer gewordenen Kampf gegen die *Tuberkulose* eine allgemeine und obligatorische *Durchleuchtung* unseres ganzen Volkes vorzunehmen. Hier drängt sich eine Ueberlegung auf, welche die ganze Paradoxie und Interessantheit der Tatsache beleuchtet, daß gerade ein Oberst Bircher also ein Verteidiger und Verherrlicher des Krieges, diese Maßregel vorschlägt. Denn es ist doch unleugbar so, daß die Zunahme der Tuberkulose mit dem *Kriege* zusammenhängt. Darum wäre in *diesem* Zusammenhang zu allererst eine Durchleuchtung nötig, also eine *seelische* Durchleuchtung durch die Strahlen der Wahrheit, nicht bloß eine körperliche Durchleuchtung durch die Röntgenstrahlen.

Nur nebenbei sei bemerkt, daß sich gegen den Bircher'schen Vorschlag sehr wohl ein Widerstand jenes berechtigten Individualismus geltend machen darf, der dem Staat vor gewissen Schranken Halt gebieten will, auch wo sein Eingreifen einen Vorteil verspricht. Dieses Motiv war es jedenfalls, das die Bundesversammlung veranlaßte, den Vorschlag des verdienten Doktor *Wahlen*, daß ein *obligatorischer Arbeitsdienst* besonders für die Unterstützung der Landwirtschaft eingerichtet werde, ziemlich einstimmig abzulehnen. Der Kampf gegen die Gleichschaltung in Form der Verstaatlichung des Lebens gehört zu den elementaren Aufgaben der Demokratie; die beiden Vorschläge aber erinnern zu stark an Nazimethoden..

Um aber zu dem Zusammenhang zwischen Krieg und Tuberkulose

---

<sup>1)</sup> Die sozialdemokratische „Berliner Tagwacht“ leistet sich in dem Bericht über diese Verhandlung den Satz: „Der schlimmste Landesverräter, der das Leben von Tausenden von Soldaten gefährdete [immerhin bloß *gefährdete* — man darf Möglichkeit und Wirklichkeit doch nicht einfach gleichsetzen] findet immer noch 15 Gnaden-Onkel. Wer das sein mag?“

Dazu möchte ich Zweierlei bemerken. Zum Ersten: Auch wir Andern möchten wissen, wer das sein mag. Aber nicht in der Meinung, daß diese 15 etwas wie eine Schande, sondern daß sie eine *Ehre* für unser Volk seien. Denn es sind Männer mit Herz und Gewissen, die es wagen, gegen den Wind zu stehen. Selbstverständlich sind sie nicht gegen eine schwere Strafe für den Verräter, sondern bloß gegen die *Todesstrafe* gewesen, weil sie grundsätzlich gegen diese sind, was man sonst auch bei Sozialisten als selbstverständlich voraussetzte. Zum Zweiten: Mir graut davor, daß jemals ein Sozialismus herrschen sollte, der durch den ebenso oberflächlichen als brutalen Geist dieses Wortes gekennzeichnet wäre.

zurückzukommen, so ist sicher fundamental wichtig, daß die Seele unseres Volkes auf die Bazillen des Militarismus, auch eines noch so ideell (oder „ideologisch“) verbrämten, durchleuchtet werde. Vielleicht kann dazu das, was nun in *Schaffhausen* erlebt worden ist, mithelfen. Es mag zeigen, daß vor dem Walten des totalen Krieges auch keine Armee und kein Reduit die Völker schützen kann, und es mag dem Kriege den letzten idealen Schimmer nehmen, den er besonders dort noch haben kann, wo man ihm bis jetzt bloß zugesehen hat. Das ist vielleicht der Sinn, den dieses Ereignis hat, das heißt für uns *bekommen* soll. Dann aber werden Reden, wie sie neuerdings wieder *Bundesrat Kobelt* bei Anlaß einer großen Luftschutztagung gehalten hat, unmöglich, und zwar nicht nur politisch, sondern auch sittlich und religiös unmöglich.<sup>1)</sup>

\*

Wenn ich sage: „auch religiös unmöglich“, so muß ich freilich an die letzte Sitzung unserer *Zürcher Kirchensynode* denken, die es fertigbrachte, im Angesichte der gewaltigen Probleme, vor die Gott, der wirkliche Gott, heute die ganze Welt und auch unser Volk stellt, sich zwei Tage lang über den „Probekrieg“ (der wirklich zu einer Probe für unser offizielles Christentum geworden ist, aber in einem andern Sinne, als seine Urheber und eifrigsten Befürworter meinen) bis in alle Kleinigkeiten hinein herumzustritten. Daß keiner aufgestanden ist, um der in der Mehrheit so bibeldevoten Versammlung

---

<sup>1)</sup> Wenn der sonst geistvolle Chefredaktor der „Tat“ aus der Schaffhauser Erfahrung bloß die Folgerung zu ziehen weiß: „Die Hand fester um den Gewehrkolben legen!“, damit eine gewisse kurzschlüssige schweizerische Mentalität repräsentierend, so darf man ihn schon fragen, wie er sich die Rolle des Gewehrkolbens gegen amerikanische oder andere Luftüberfälle denke. Ein unverbogenes und zensurfrees Denken müßte doch die umgekehrte Folgerung ziehen: daß keine Armee und kein Reduit ein Land vor der blitzartigen Zerstörung von der Luft her schützen kann, sondern bloß die Ueberwindung des Krieges durch eine übernationale Rechts- und Friedensordnung, die schaffen zu helfen also für uns die dringlichste der Existenzfragen ist.

Dazu möchte ich noch eine Bemerkung fügen, die vielleicht einiges Aergernis erregen wird die zu unterlassen aber Verleugnung der Wahrheitspflicht wäre. Die jungen amerikanischen Flieger haben selbstverständlich nicht gewußt, daß sie *Schaffhausen* unter sich hätten oder daß es ein Schaffhausen gebe. Darum haben sie auch nicht gewußt, daß es hart neben Schaffhausen eine Stätte gebe, von der aus besonders die deutsche Luftaufrüstung sehr wesentlich gefördert und damit das was nun gekommen ist — und zu einem minimalen Teil auch über Schaffhausen gekommen ist! — stark mit verursacht worden ist. *Wir Schweizer aber wissen es*. Und wir wissen, daß jene Stätte in unserem Lande nicht *isoliert* ist. Daran sollte uns das, was an Schaffhausen geschehen ist, erinnern. Das wäre gerade für die *Kirchen* eine Aufgabe gewesen. Davon konnte das von der Kirchenpflege veranlaßte demonstrative *Glockenläuten* in Zürich während der Beerdigung der Schaffhauser Toten nur eine *Ablenkung* bilden. Es paßte aber zum heute herrschenden theologischen und kirchlichen Stil.



Amos 5, 21—24, vorzulesen! So blieb es einem sogenannten Laien, Herrn E. Müller aus Dorf, vorbehalten, der Versammlung zu sagen, es wäre wohl eher die Aufgabe der Synode, die Flüchtlingsfrage zu besprechen als diese ewige Gefangenschaftsfrage, und der „Tat“, in einem Leitartikel Stück für Stück die Weltprobleme und Weltereignisse der Gegenwart mit den Traktanden der Synode zu kontrastieren. Denn „wenn diese schweigen, so müssen die Steine reden“. Was muß aber aus einer solchen Kirche werden?

\*

Aus dem schweizerischen Erleben der Berichtszeit tritt aber noch ein Thema in den Vordergrund: der Stand unseres *Parteiwesens*. Und zwar anhand von *Wahlen*. Solche haben in Basel und im Thurgau stattgefunden. Sie zeigten in beiden Fällen den sogenannten Ruck nach links und zwar bezeichnenderweise stark auf Kosten des „Freisinns“. Aber es kam in *Basel* zu einer Situation, die noch auf besondere Weise bedeutsam wurde. Es wurde dort nämlich eine kommunistische Liste, also eine „illegale“, aufgestellt, und als diese durch die Regierung in Form von Streichung der wichtigsten Namen unwirksam gemacht worden war, eine „Liste der Arbeit“, hinter der offenbar auch eine Opposition stand, die parteimäßig weder zur Sozialdemokratie noch zum Kommunismus gehört. Sie führte zur Wahl von 19 Vertretern, während die Sozialdemokratie 9 verlor.

Diese Vorgänge sind deswegen bedeutsam, weil sie die *Zersetzung des bisherigen Parteiwesens* sogar im konservativsten aller Völker offenbaren. Es muß sich auch hier ein Neues gestalten, vielleicht, ohne Nachahmung, ein wenig im Sinne der englischen und kanadischen Commonwealth-Bewegung.

Jedenfalls gilt das auch von der Parteiform des *Sozialismus*. Es zeigt sich, wie falsch die selbstgerechte Haltung der Sozialdemokratie war, die auf dem Winterthurer Parteitag siegte, und zwar trotzdem es an Warnung nicht fehlte.<sup>1)</sup> Ob sie nun vielleicht noch was lernen wird? Es wäre ein großer Irrtum, wenn die Partei aus gewissen Erfolgen (besonders bei den Wahlen in den Nationalrat) schließen wollte, sie sei gefestigt und sicher. Diese Erfolge sind Früchte einer Konjunktur, die sehr bald vorübergehen kann. Die *Spaltung*, die nun in Basel und in Neuenburg auch formell durch die Gründung einer neuen sozialistischen Partei vollzogen worden ist, die in Genf und im Waadtland schon lange besteht und anderswo sich jeden Augenblick vollziehen kann, ist als *Symptom* zu werten und nicht nach der augenblicklichen Stärke der Mitgliederzahlen und Bedeutung der Führer. Für jeden, der Augen hat, um zu sehen, ist klar, daß gerade der Sozialismus sich neu orientieren und neu gestalten muß, wenn er leben und siegen soll.

\*

<sup>1)</sup> Ich erinnere zum Beispiel an die Flugchrift der „Neuen Demokratie“: „*Aufruf zur Besinnung!*“

Diese stark kritischen Betrachtungen sind im Dienste der *Wahrheit* geschrieben, die allein helfen kann. Aber der Schreibende ist im Kern seines Wesens, mit seinem innersten Glauben und Wollen, kein bloßer Kritiker oder gar Nörgler, sondern ein Mann des Glaubens und der Hoffnung. Darum ist es ihm eine Freude, mit etwas Gutem und Verheißungsvollem schließen zu dürfen: ich meine den Sieg im Kampf um das *Rheinwald*, der schon das letzte Mal noch rasch gemeldet werden durfte.

Dieser Kampf und Sieg besitzt eine Bedeutung, die weit über seinen Rahmen hinausreicht. Der Ausgang ist ein Sieg der Seele über die Technik, der Volksfreiheit über die Gleichschaltung, ja, ich wage zu behaupten, auch Gottes gegen die Götzen. Um die sittliche Tat, die in der Ablehnung des Staudamms zum Ausdruck kommt, ganz zu würdigen, muß man besonders auch bedenken, daß dem finanziell sehr bedrängten Kanton Graubünden aus der Errichtung desselben gewaltige Mittel zugeflossen wären, auf die er durch die Ablehnung verzichtet hat. Das ist besonders in unseren Tagen keine Kleinigkeit. Der *Segen* dieser Tat wird dem Bündner Volke nicht fehlen.

Daß dieser Kampf so gekämpft wurde, wie er gekämpft worden ist (wobei unserem Freunde und einstigen Schüler Pfarrer Felix in Splügen ein Hauptverdienst zufällt) und daß ihm gegen so starke Mächte ein Sieg werden durfte, das ist uns nicht bloß eine Befreiung von banger Sorge, sondern auch ein Zeichen, daß die Verderbnis noch nicht bis in alle Tiefen der Seele unseres Volkes gedrungen ist, und eine Verheißung des Sieges auch für andere, ähnliche, aber vielleicht noch größere Kämpfe.

*Leonhard Ragaz.*

## Der böse Fürst<sup>1)</sup>

Es war einmal ein böser und übermütiger Fürst, dessen ganze Gedanken darauf ausgingen, alle Länder der Welt zu gewinnen und durch seinen Namen Schrecken einzujagen. Mit Feuer und Schwert durchzog er die Welt; seine Soldaten zertraten das Korn auf dem Felde und verbrannten das Haus des Bauern, so daß die rote Flamme die Blätter der Bäume verzehrte und die Früchte verkohlt an den geschwärzten Zweigen hingen. Manche arme Mutter versteckte sich mit ihrem nackten Säugling hinter den rauchenden Mauern. Aber die Soldaten kannten kein Erbarmen, durchsuchten alle Winkel und fanden sie mit ihrem Kinde, dann begann erst recht ihre teuflische Freude. Böse Geister konnten nicht schlimmer haufen. Allein der Fürst huldigte der Ansicht, daß es gar nicht anders gehen könnte. Tag für Tag wuchs seine Macht, sein Name wurde von allen gefürchtet und das Glück

<sup>1)</sup> Von befreundeter Seite mitgeteilt. D. R.